



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

mit der ersten Ausgabe meiner Landtagsschau 2024 möchte ich Ihnen ein frohes und gutes neues Jahr wünschen! Trotz aller großen Herausforderungen, vor denen wir aktuell stehen, bin ich zuversichtlich, dass wir zusammen 2024 zu einem erfolgreichen Jahr für NRW und das Münsterland machen können.

Wir haben das Wissen, die Fähigkeiten und viele kluge Köpfe und fleißige Hände. Und vor allem: Hilfsbereitschaft und Solidarität werden in unserem Land großgeschrieben. Auf all dem können wir aufbauen.

Und auf dem, was wir 2023 bereits geschafft haben. Fast 3.000 junge Leute haben den Polizeidienst aufgenommen. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien steht Nordrhein-Westfalen an der Spitze der deutschen Länder. Und fast 4.000 zusätzliche Lehrkräfte, Schulpsychologen und Sozialarbeiter an unseren Schulen schaffen neue Bildungschancen für unsere Kinder. Gemeinsam arbeiten wir weiter an Lösungen für die großen Fragen der Zeit.

Der Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten, die Energiekrise, Inflation und Rezession, der Klimawandel, Flucht und Migration. Die Zeiten sind herausfordernd. Umso wichtiger ist: Deutschland muss raus aus dem Krisenmodus. Unser Land braucht Handeln. Reden und Beschreiben reicht nicht. Worten müssen Taten folgen.

Wir brauchen ein entschlossenes Vorgehen bei den großen Fragen dieser Zeit, einen Schulterschluss der Demokraten, eine Allianz der Mitte, wie sie auch unser NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst fordert. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen mit Herausforderungen umzugehen. Wir wissen: In schwierigen Zeiten muss man enger zusammenrücken. Und gemeinsam handeln.

Unserem Land ist nichts in den Schoß gefallen. Wir wissen sehr genau, was harte Arbeit ist und was wir erreichen können, wenn wir an einem Strang ziehen. In Nordrhein-Westfalen haben wir alles, um aus dieser schwierigen Situation herauszukommen.

Aus diesem Grund startet auch die erste Parlamentswoche mit einem vollen Programm. Über die wichtigsten Themen möchte ich Sie in gewohnter Form kurz & knapp informieren:

- **Antrag von CDU & GRÜNEN „Nachhaltige Landwirtschaft stärken – Natur und Menschen schützen“**
- **Antrag von CDU & GRÜNEN „Kommunales Ehrenamt stärken & fördern“**
- **Meine Rede zum AfD-Antrag zur Einrichtung einer Zentralstelle zur Altersbestimmung minderjähriger Flüchtlinge**

Wenn Sie Fragen oder ein konkretes Anliegen haben, Informationen brauchen oder Anregungen geben möchten, freue ich mich auf eine Mitteilung von Ihnen.

Herzliche Grüße



Nachhaltige Landwirtschaft stärken

Natur und Menschen schützen

Der bundesweite Protest unserer Landwirtinnen und Landwirte hat deutlich gemacht, dass ein ganzer Berufsstand in Sorge ist – und das zu Recht! Schließlich geht es um die Zukunft unserer heimischen Landwirtschaft und auch des ländlichen Raums.

Die Kürzungspläne der Ampel empfinden viele Landwirte als letzten Sargnagel für die bäuerliche Landwirtschaft. Als CDU stehen wir dabei an der Seite unserer Landwirte und schlagen deshalb vor, eine breite Agrar-Allianz zu schmieden. Ein Zusammenschluss von unterschiedlichen Akteuren aus Landwirtschaft, Einzelhandel, Umweltschutz & Politik, der den Weg für eine nachhaltige Zukunft ebnen kann. Aus der gesellschaftlichen Mitte heraus kann eine solche Allianz sowohl für Befriedung sorgen als auch Chancen für die heimische Landwirtschaft aufzeigen – so, wie es mit der Kohle-Kommission schon einmal gelungen ist.

Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Landwirten aus unserer Region, dass sie für ihre Betriebe nur eines wollen, und zwar Planungssicherheit und eine Perspektive für die Zukunft. In NRW versuchen wir genau dafür die Grundlagen zu schaffen. So zum Beispiel auch im Bereich der Düngegesetzgebung.

Ende 2022 war das Land aufgrund von Vorgaben der EU gezwungen eine neue Landesdüngeverordnung zu verabschieden und den in NRW entwickelten Weg der sogenannten Binnendifferenzierung bei der Betrachtung von Nitrateinträgen in Grundwasserkörper zu verlassen. Die Folge war, dass der Umfang der, als nitratbelastet eingestuften landwirtschaftlichen Flächen ("rote Gebiete") von 165.000 Hektar auf über 500.000 Hektar gestiegen ist. Das entspricht rund einem Drittel der landwirtschaftlichen Fläche in unserem Land.

Natürlich gibt es nach wie vor auch Gebiete, in denen die Nitratgrenzwerte im Grundwasser überschritten werden und deswegen Handlungsbedarf besteht. Die Gründe hierfür können vielfältig sein und liegen nicht immer zwingend in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung. Insbesondere fachgerecht arbeitende Betriebe dürfen daher aus meiner Sicht nicht pauschal mitbestraft werden. Hier wollen wir mit unserem Antrag „Nachhaltige Landwirtschaft stärken – Natur und Menschen schützen“ nachbessern.

Ziel des vorliegenden Antrags ist es, die Bundes- und Landesdüngeverordnung verursacherbezogen anzuwenden, ohne hierbei die Strategie einer nachhaltigen Reduzierung der Nitrateinträge zu konterkarieren. Zur praxistauglichen und standortgerechten Umsetzung sollten die Stickstoffüberschüsse verursachergerecht betrachtet und reduziert werden. Als Maßnahmen wollen wir dafür u.a. eine Modellregion oder ein Modellprojekt initiieren und das Messstellennetz sukzessive weiter ausbauen.



Wenn nachgewiesen werden kann, dass bei einer korrekten Durchführung eine zu hohe Nitratbelastung nicht von der Düngung des Landwirtes ausgeht, dann sollen diese Betriebe von den Restriktionen aus der Düngeverordnung ausgenommen werden können.

„Kommunales Ehrenamt stärken & fördern“

Ich war erschrocken und zutiefst angewidert, als ich von dem Treffen von AfD-Politikern und anderen Rechtsextremisten erfahren habe, in dem es darum ging, wie man Menschen aus unserem Land vertreiben kann. Diese Vorgänge sind erschreckend, menschenverachtend und geschichtsvergessen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass wir unsere freiheitliche und föderale Demokratie stärken, stützen & fördern – auch vor Ort in unseren Städten und Gemeinden. Unsere Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Das kommunale Ehrenamt bildet eine tragende Säule unserer demokratischen Kultur.

Daher machen wir uns in NRW als Zukunftscoalition mit dem nun verabschiedeten Antrag auf den Weg auch das kommunale Ehrenamt zukunftsfest aufzustellen, strukturelle Hindernisse zu beseitigen und das Ehrenamt insgesamt attraktiver und zugänglicher zu machen.

Das wollen wir zum Beispiel durch bessere Sitzungsgestaltungen (Einführung einer „Kann-Regelung“ zur zeitlichen Begrenzung von Sitzungen, hybride Durchführung von Sitzungen), eine Stärkung der politischen Teilhabe junger Menschen (Einführung eines passiven Wahlrechts von sachkundigen Bürgern ab 16 Jahren) oder der finanziellen Anerkennung des Ehrenamts (rückwirkende Erhöhung der Aufwandsentschädigungen um jeweils 2 % pro Jahr für die Jahre 2021 bis 2023) erreichen.

Wissenswertes

Fachkräfte: Menschen, die zu uns geflüchtet sind, können ein Teil der Lösung bei der Bekämpfung des akuten Arbeits- und Fachkräftemangel sein. Es ist daher eine gute Nachricht, dass die Zahl der ausländischen Auszubildenden im Handwerk zwischen 2013 und 2022 um 71,6 Prozent gestiegen ist, während die Gesamtzahl der Auszubildenden in diesem Ausbildungsbereich um 9,3 Prozent gesunken. Laut IT.NRW hatten 10 125 von 76 737 Auszubildenden im Handwerk 2022 eine ausländische Staatsangehörigkeit. 2013 waren es 5 898 von 84 573 gewesen. Der Anteil der ausländischen Azubis an allen Auszubildenden stieg dadurch von 7,0 Prozent (2013) auf 13,2 Prozent (2022).

Energiewende: Im vergangenen Jahr wurden in NRW so viele neue Windenergieanlagen genehmigt wie noch nie: Insgesamt waren es 360. Das sind fast dreimal so viele wie vor 5 Jahren und nahezu doppelt so viele wie im Jahr 2022. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern bedeutet das Platz 1 bei der Neugenehmigung von Windenergieanlagen. Zur Windenergie im Kreis Coesfeld und den Schwierigkeiten einzelner Projekte habe ich mich in dieser Woche auch mit NRW-Energieministerin Monau Neubauer austauschen können.

Meine Reden finden Sie hier:

Einfach auf das Handy klicken, um zu meiner Rede zu gelangen.



Austausch mit Minister Oliver Krischner

Ein produktiver Austausch in dieser Woche mit Minister Krischer, Bürgermeister Hövekamp und weiteren Vertretern zur Umsetzung des Fahrradstraßenkonzepts in Dülmen.

